

Christoph Uehlinger // Die Frage, ob Imame und islamische Religionslehrerinnen in der Schweiz ausgebildet werden sollen, ist nicht erst seit dem Ausgang der Minarettinitiative ein heisses Eisen. Ein im Rahmen des NFP 58 realisiertes Forschungsprojekt zeigt, dass solche Ausbildungen nicht zuletzt im Hinblick auf die Abwehr extremistischer Einflüsse wünschbar ist.

IMAM-AUSBILDUNG UND ISLAMISCHE RELIGIONSPÄDAGOGIK IN DER SCHWEIZ?

«Würden Sie es für sinnvoll halten, dass Imame und muslimische ReligionspädagogInnen in der Schweiz ausgebildet werden?» So lautete die Ausgangsfrage eines im Rahmen des NFP 58 geförderten Forschungsprojekts. Dessen Hauptanliegen bestand darin, unter den mit der Frage befassten oder von ihr betroffenen relevanten Akteuren in der Schweizer Gesellschaft ein möglichst nuanciertes Meinungsbild zu einer Frage zu erheben, die in den vergangenen Jahren wiederholt und kontrovers diskutiert worden war. Die Diskussion wird von einer Vielzahl von Akteuren mit sehr unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen auf allen Ebenen der Gesellschaft geführt. Was bislang fehlte, war eine sachliche Dokumentation der unterschiedlichen Bedürfnisse und Standpunkte.

Als Kooperation des Orientalischen und des Religionswissenschaftlichen Seminars konzipiert, konnte das Projekt auf das grosse Engagement dreier teilszeitlich angestellter Mitarbeitender sowie einer Lizentiandin zählen. Sie führten zum einen in sieben Schweizer Kantonen rund

100 Experteninterviews mit Musliminnen und Muslimen unterschiedlicher Stellung und Couleur – von Verbandspräsidenten über amtierende Imame und Religionslehrerinnen bis zu einfachen Gläubigen oder Kritikerinnen und Kritikern. Zum an-

Muslime sind nach den Christen die zweitgrösste Religionsgemeinschaft in der Schweiz.

deren holten sie rund 40 schriftliche Stellungnahmen von nationalen und kantonalen Bildungs- und Integrationsbehörden, Universitäten, Rechtsexperten, politischen Parteien und öffentlich rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften ein. Im Rahmen eines internationalen Workshops wurden verschiedene Modelle und Erfahrungen in anderen europäischen Ländern vorgestellt und diskutiert. Die Ergebnisse der während 18 Monaten durchgeführten Untersuchung sind im Juni 2009 an einer

viel beachteten Medienkonferenz vorgestellt worden. Hier sollen nebst den Kernergebnissen einige weitergehende Überlegungen präsentiert werden.

Hohe Erwartungen an Imame

In der Schweiz leben etwa 400 000 Musliminnen und Muslime, nach den Christen die zweitgrösste Religionsgemeinschaft. Auch der Islam kennt religiöse Autoritäten, die eine Gemeinde leiten und Beistand und Unterweisung in religiösen und lebenspraktischen Fragen bieten. Wichtig im Schweizer Kontext sind die Imame, die heute im Ausland (in Ägypten, der Türkei, in Bosnien und anderen islamischen Ländern) ausgebildet werden, und Religionslehrpersonen, für die bislang erst ein privater Kurs in der Deutschschweiz besteht.

Diese Situation wird nicht nur von einer Mehrheit der befragten Musliminnen und Muslime, sondern auch von Behördenvertretern und Politikern als misslich betrachtet. Erstere stellen fest, dass Imame ihre ganze Ausbildung in einem Land bekommen haben, in dem Muslime die Mehrheit darstellen und der Islam die ganze Gesellschaft mehr oder weniger stark prägt, sich in der Schweiz dann aber mit ganz anderen kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert sehen. Wenn sie wichtige Regeln dieser Gesellschaft nur mangelhaft kennen, wenig Erfahrung mit weltanschaulicher und religiöser Pluralität haben, nicht selten auch die Landessprachen nur ungenügend beherrschen, können sie weder dem Bedürfnis von Gläubigen nach Vermitt-

Neue Debatte: Im März gab der islamische Verband KIOS bekannt, dass er eigene Friedhöfe für Muslime in jedem Kanton fordere. Hier im Bild das schon existierende Gräberfeld für Muslime in Zürich Witikon.



lung eines im Schweizer Kontext authentisch zu lebenden Islams entsprechen noch gegenüber Dritten die Anliegen der Moscheevereine wirksam vertreten.

Nach Ansicht der Muslime würde eine akademische Ausbildung des Imams garantieren, dass dieser nicht nur über fundierte Islamkenntnisse verfügt, sondern auch seine Aufgabe als würdiger Leiter und Repräsentant seiner Glaubensgemeinschaft erfüllen kann. Das Tätigkeitsspektrum eines Imams in der Diaspora ist meist breiter als in einem islamischen Land: Zu den traditionellen Rollen des Vorbeters und Predigers kommen hier die des Seelsorgers, des Pädagogen, des moralischen Vorbilds und Vermittlers und so weiter – nicht sehr verschieden vom Berufsbild eines Pfarrers.

Die Rolle des Staates

Nach dem Wunsch der befragten Muslime soll der von Imamen und Religionslehrern vertretene Islam in den Schweizer Kontext passen, ohne doch vom Schweizer Staat reglementiert zu werden. Die zu schaffenden Ausbildungsgänge sollten durch Hochschulen der islamischen Welt anerkannt, aber nicht einfach von dort importiert werden. Die Muslime setzen bei der Realisierung dieser Ziele auf eine aktive Rolle der schweizerischen Institutionen, mit denen sie hohe Qualitätsvorstellungen verbinden – nicht zuletzt im Hinblick auf die Abwehr bzw. Neutralisierung extremistischer Einflüsse.

Letzterer Gesichtspunkt, verbunden mit dem generellen Anliegen der gesellschaftlichen Integration, wird auch seitens der befragten Behörden in den Vordergrund gerückt. Einig ist man sich hier, dass die Ausbildung religiöser Experten nicht wirklich Aufgabe eines bekenntnisneutralen Staates sein kann. Wohl aber könne der Staat Hilfestellungen bieten, um die Rahmenbedingungen für die Integration einer Religionsgemeinschaft im Gesamten der Gesellschaft zu verbessern.

Die besondere Expertise von Religionslehrerinnen

Islamische Religionslehrerinnen und -lehrer vermitteln nicht nur zwischen Kulturen, sondern auch zwischen den Generationen. Auch sie sollten nach Meinung der Befragten solide Islamkenntnisse besitzen und zudem über pädagogisch-didaktische Kompetenzen verfügen. Gewünscht wird, dass an den öffentlichen Schulen ein islamischer Religionsunterricht eingeführt

wird, wobei man sich offenbar auch hier an den Landeskirchen als Modell orientieren möchte. Da der konfessionell verantwortete Religionsunterricht derzeit aber in vielen Kantonen durch eine «neutralere» Religionskunde abgelöst wird, werden die muslimischen Verbände und die Behörden in dieser Umbruchsituation nach flexiblen Lösungen suchen müssen.

Neben Imamen sind in den Moscheevereinen vor allem Frauen mit der religiösen Unterweisung besonders von Kindern und Jugendlichen betraut. Viele Religionslehrerinnen leisten ihre Arbeit unentgeltlich. Anders als die Imame verfügen sie nicht über das Prestige einer für das Ritual bedeutsamen Funktion. Für ihre Anerkennung geben Kompetenz und Loyalität den Ausschlag. Wer mit Imamen und Religionslehrerinnen ins Gespräch kommt,

Muslime setzen auf eine aktive Rolle der schweizerischen Institutionen.

stellt bald fest, dass erstere den letzteren bildungsmässig keineswegs immer überlegen sind – ein potenziell konfliktiver Sachverhalt, mit dem die muslimischen Organisationen bisher immer ebenso pragmatisch wie respektvoll umgegangen sind.

Wie weiter?

Als der Genfer Nationalrat Hugues Hiltbold im März 2009 in einem Postulat die Einführung einer Imam-Ausbildung in der Schweiz anregte, antwortete der Bundesrat, man wolle vorerst die Resultate der NFP-Studie abwarten. Also hakte Hiltbold nach der Veröffentlichung unseres Schlussberichts im September nach. Die Antwort des Bundesrates lautete diesmal: «Die Frage der Ausbildung von Imamen und der islamischen Religionspädagogik an schweizerischen Hochschulen ist sowohl religionspolitisch als auch akademisch relevant, sie liegt aber in erster Linie im Kompetenz-



Detail eines muslimischen Grabes in Zürich Witikon.

bereich der Kantone und der Hochschulen selbst. (... Der Bundesrat) wird jedoch die Fragestellung der Schweizerischen Universitätskonferenz, SUK, als dem gemeinsamen Organ von Bund und Kantonen für die universitätspolitische Zusammenarbeit unterbreiten.» Die SUK erklärte sich im Dezember 2009 für nicht zuständig, das Dossier wanderte zur Konferenz der Schweizer Hochschulrektoren weiter. Man darf – nach dem Ausgang der Minarettinitiative erst recht – gespannt sein.

Als kurzfristige Lösung bieten sich Zusatzkurse an, die Imame mit ausländischer Ausbildung mit den Schweizer Verhältnissen vertraut machen. Längerfristige Lösungen könnten sich am Umgang des Staates mit den christlichen Landeskirchen orientieren; sowohl die befragten Muslime als auch die Behörden und Rechtsexperten nehmen, bisweilen gestützt auf den Grundsatz der Gleichbehandlung, darauf Bezug.

Projektleitung: Dorothea Lüddeckens, Ulrich Rudolph, Christoph Uehlinger.

Mitarbeitende: Irma Delacombaz, Andrea Lang, Nadja Rüegg, Andreas Tunger-Zanetti.

Schlussbericht: www.nfp58.ch/d_projekte_muslime.cfm?projekt=73

Christoph Uehlinger ist Professor für Allgemeine Religionsgeschichte und Religionswissenschaft an der Universität Zürich.